

## Forderungen des Bündnisses „Raus aus der Steinkohle“

### 1. „CO<sub>2</sub>-optimierte Fahrweise“ jetzt umsetzen

Die im von der Stadt beauftragten Gutachten des TÜV Süd in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken vorgeschlagene **„CO<sub>2</sub>-optimierte Fahrweise“ des Heizkraftwerks (HKW) Nord 2 soll sofort, also ab dem Jahr 2020, umgesetzt werden.** Dabei sollen maximal 350.000 Tonnen pro Jahr eingesetzt werden, eine Übertragung von Kohlemengen auf ein folgendes Kalenderjahr ist nicht möglich.

### 2. Keine Bestandsgarantie für Kohle bis 2026 oder 2028

**Der Stadtrat soll dem Kohlekraftwerk keinesfalls eine Bestandsgarantie bis 2026 oder 2028 geben.** Das Kraftwerk soll nur solange am Netz bleiben, wie es noch als Ausfallsicherung für die Fernwärmeversorgung gebraucht wird. Die Stadtwerke sollen daher angewiesen werden, **neue Konzepte für einen kurzfristigen Ersatz des HKW Nord 2 als Absicherung für die Fernwärme vorzulegen**, damit das Kraftwerk schnellstmöglich, in jedem Fall **deutlich vor 2028, in die stromseitige Netzreserve verschoben** und damit faktisch abgeschaltet werden kann. Insbesondere ist darzustellen, wie eine Lösung, welche auch die Gemeinde Unterföhring unterstützt, mit einer Reservegastherme am Standort Nord diese Absicherung gewährleisten kann. Die **Überprüfung soll bis Sommer 2020 abgeschlossen sein** und dem Stadtrat vorgelegt werden. **Der Umfang der benötigten Ausfallreserve soll gegenüber der Öffentlichkeit kurzfristig transparent dargestellt werden.**

### 3. Beschleunigung des Geothermieausbaus

Der **Ausbau der Geothermie sowie die Modernisierung des Dampfnetzes sollen beschleunigt werden.** Beide Maßnahmen können einen Beitrag zur schnelleren Reduktion der Wärmelücke leisten.

### 4. Umsetzung der Wärmewende bis 2035

Die Stadt soll in Kooperation mit den Stadtwerken eine **Konzept- und Umsetzungsstudie in Auftrag geben, die konkret darstellt, wie der Wärmebedarf reduziert und mit welchen Anlagen die Wärmeversorgung bis spätestens 2035 vollständig auf erneuerbare Energien umgestellt werden kann.** Insbesondere sollte die Studie darlegen, welche Konzepte zur Bedarfsreduktion und welche, auch dezentrale, Erzeugungsanlagen auf Basis erneuerbarer Energien die geplante Geothermie ergänzen werden und zu welchen Zeitpunkten sie in Betrieb gehen müssen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass in den nächsten Jahren fossile Kraftwerke neu gebaut werden, die zu Lock-in-Effekten führen, sowie dass wichtige Maßnahmen zu lange aufgeschoben werden. **Die Potenzialstudie soll im Frühjahr 2021 vorgelegt werden.** Gleichzeitig sollten die Stadtwerke sofort damit beginnen, Maßnahmen zur Wärmebedarfsreduktion sowie Lösungen für die dezentrale erneuerbare Wärmeversorgung umzusetzen.